

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Insertate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 19 :. 26. Jahrgang

Berlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-  
straße 106 :. Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 10. Mai 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — An unsere Frauen und Töchter! — Die Gefängnisarbeit der Firma Hüver-Rogdeburg. — Zur Erwiderung. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Einmeldungen an die Hauptkasse. — Sterbetafel. — Verammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 12. bis 18. Mai ist der 20. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Berlin.** Sämtliche Sattler des Deutschen Offiziervereins, Neuköllnstraße 4/5, und bei der Firma Karl Reich, Chausseestr. 130, haben die Arbeit eingestellt. — Der Streik in der Wagenfabrik von Gebr. Wiende Nachflg. Paulow dauert unverändert fort. — In den Wagen- und Karosseriebetrieben Berlins befinden sich die Arbeiter aller Branchen, darunter auch die Sattler, seit dem 22. April im Streik. Es wird erwartet, in diesen Betrieben Arbeit anzunehmen.

**Erfurt.** Die Militärsattler der Firma Herrmann sind wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs in Streik getreten.

**Frankfurt a. M.** An dem Lohnkampf in der Frankfurter Metallindustrie sind auch unsere Sattlerkollegen aktiv beteiligt, weswegen Zugang streng fernzuhalten ist.

**Görlitz.** Wegen des allgemeinen Streiks in der Waggonfabrik ist Zugang von Sattlern fernzuhalten.

**Hannover.** Am 25. April haben sämtliche Sattelmacher und Geschirrsattler der Firma H. S. Schüte die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Kassel.** Die Arbeiter der Firma Leberer u. Baumann (Zelte und Pläne) stehen in einer Lohnbewegung.

**Mülheim (Ruhr).** Die Militärsattler stehen im Streik.

**Achtung! Militärsattler! Achtung!**  
Wegen Lohn Differenzen ist Zugang streng fernzuhalten nach Kaiserlautern, Mülheim-Ruhr, Offenbach und Straßburg i. E.

## An unsere Frauen und Töchter!

Am 12. Mai werden in ganz Deutschland die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse einmütig die Forderung erheben, die Ausnahmestellung der Frauen im öffentlichen Leben zu beseitigen und ihnen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zu geben.

Die Forderung ist für die Arbeiterklasse nichts Neues. Ihre politische Vertretung hat die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes an beide Geschlechter in ihr Programm aufgenommen und stets diesem Grundsatz entsprechend gehandelt. Wiederholt sind im Reichstage, in den Parlamenten der Bundesstaaten und in den Gemeindeverwaltungen Anträge auf Abänderung der Bestimmungen gestellt worden, welche die Frauen von der Wahlleistung ausschließen. Daß es bis jetzt nicht gelungen ist, diesen Anträgen Geltung zu verschaffen, liegt an der Stellung der Vertreter der bürgerlichen Parteien dem Frauenwahlrecht gegenüber. Mit wenigen Ausnahmen haben diese bisher stets geschlossen dahingehende Anträge niedergestimmt. Wenn unsere Vertreter grundsätzlich für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eingetreten sind, dann deswegen, weil sie in der Frau den gleichwertigen Menschen achten, auch eingesehen haben, daß alle Entscheidungen, Gesetze und Verordnungen in gleicher Weise die Frau wie den Mann treffen, beide auch nach denselben Bestimmungen zur Ausbringung der Mittel für Staat und Kommune herangezogen werden und es deshalb ungerecht ist, nur einem Teil der Bevölkerung die Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu gestatten. Wir haben eingesehen, daß wir die Mithilfe der Frauen bei unserm Streben um wirtschaftliche und politische Befreiung brauchen und daß auch die Interesselosigkeit des weiblichen Geschlechts gegenüber öffentlichen Angelegenheiten eine Gefahr für die Familie wie für die Gesamtbevölkerung bedeuten würde. Das Interesse wird aber wesentlich gefördert durch den Gedanken, mitverantwortlich zu sein an der Gestaltung des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens dadurch, daß alle erwachsenen Personen das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften haben. Daß dies Verantwortungsgefühl insofern ist, die Arbeiterklasse auch geistig zu heben, zeigt ihre Entwicklung von dem Zeitpunkte ab, an dem für alle erwachsenen männlichen Personen das Wahlrecht zum Reichsparlament eingeführt wurde.

Die Arbeiterklasse bekämpft als größten Feind den Unverstand. Sie weiß, daß es nur dem Unermüden eines großen Teils der Bevölkerung, den Zusammenhang der Dinge zu verstehen, zuzuschreiben ist, daß in die gesetzgebenden Körperschaften immer wieder Personen hineingewählt werden, die in ihren Beschlüssen keine Rücksicht auf das Wohl der großen Masse der Bevölkerung nehmen, ja denen das Fühlen und Denken der Arbeiterschaft und ihre Nöte ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die Gewährung des Wahlrechtes an die Frauen würde veranlassen, auch bei diesen größeres Verständnis für allgemeine Fragen wahrzurufen, und ferner zur

Folge haben, daß die Männer in ihren weiblichen Familienangehörigen Personen finden, die teilnehmen an dem Befreiungskampf der Menschheit und selbst da, wo den Frauen eine aktive Anteilnahme durch Familienpflichten nicht möglich ist, volles Verständnis den Bestrebungen der Männer entgegenbringen und ihre Arbeit erleichtern.

Zu dem Verhalten der Arbeiterklasse zur Frage des Frauenwahlrechtes hat die unmittelbare Wirkung nicht wenig beigetragen, die alle Vorformnisse des öffentlichen Lebens auf unsere Familienverhältnisse ausüben. Gerade die letzten Jahre haben hierfür Beispiele in Fülle erbracht. Die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Zoll- und Steuergesetzgebung hat die Gesamtbevölkerung betroffen, in erster Linie fühlbar aber die Arbeiterklasse und innerhalb derselben die Frauen im höchsten Maße. Es ist ja deren Aufgabe, das Einkommen der Familie so zu verteilen, daß eine ausreichende Ernährung der Familienmitglieder gesichert bleibt. In der gegenwärtigen Zeit ist dies geradezu ein künstliches und eine ständige Quelle drückender Sorgen.

Die Zoll- und Steuergesetzgebung aber schafft nicht nur verteuerte Lebenshaltung, sondern auch verminderte Arbeitsgelegenheit. Auch hier ist die weibliche Bevölkerung leidender Teil, sogar in Tausenden von Fällen unmittelbar, weil der größte Teil unserer Frauen und Töchter erwerbstätig ist. Weiter wird durch die notwendigen größeren Aufwendungen für Lebensbedürfnisse auch die Notwendigkeit, für höhere Löhne eintreten zu müssen, in immer größere Nähe gerückt und weiter veranlaßt, daß immer mehr verheiratete Frauen neben der Hausarbeit noch Erwerbsarbeit verrichten müssen. Die Zahl der Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handels- und Verkehrsgewerbe stieg von 1895 bis 1907 um 27 Proz.; die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen vermehrte sich dagegen um 56 Proz. Dieses Resultat ist zum größten Teil eine Folge der Verhältnisse, die uns die Lebensbedingungen erschweren.

Hunderttausende seufzen daher heute unter der doppelten Last der Erwerbsarbeit und der Tätigkeit, die ihnen die Hauslichkeit und die Familienpflichten auferlegen, und sie können am eigenen Leibe erfahren, wie unzureichend die gesetzlichen Bestimmungen sind, die speziell für die Arbeiterklasse geschaffen wurden.

Der zehnstündige Maximalarbeitstag ist unzureichend und wird außerdem nur da wirklich innegehalten, wo die Arbeiterschaft selbst dafür sorgt. Auch die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften ist äußerst mangelhaft. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Vorschriften über die Arbeitszeit, sondern für alle Gebiete, die durch die Arbeiterschutzgesetzgebung getroffen werden. Alljährlich verunglücken Hunderttausende bei der Arbeit. Viele Tausende mußten im Dienste des Kapitals ihr Leben lassen und riesengroß ist die Zahl derer, die durch Betriebsunfälle dauernden oder vorübergehenden Schaden erleiden müssen.

Wenn aber die Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Berufe von dem ihnen gesetzlich zustehenden

Recht des Zusammenstufes Gebrauch machen wollen, um bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erreichen oder die Durchföhrung der Arbeiterschutzvorschriften zu erzwingen, dann greifen Polizeibehörden und Gerichte ein, um dies zu verhindern. Man denkt heute nicht mehr an die Vorgänge von Moabit, und wer wird jemals vergehen, wie die Beigarbeiter in diesem Jahre der Macht des vereinzelten Unternehmertums und der ihm verbündeten staatlichen Behörden weichen müßten, obgleich die Berechtigung der Lohnbewegung für jeden feststand. Solche Fälle, die sich fortgesetzt in unzähligen Einzelfällen wiederholten, müssen auch den Frauen zeigen, wie dringend notwendig größere Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung ist und wie wichtig es wäre, da mitzuraten und zu beschließen, wo Vorschriften erlassen werden, die auch für die Frauen von Bedeutung sind und auf sie angewandt werden.

Ebenso wichtig wie die Mitarbeit der Frauen bei der Reichsgesetzgebung ist die in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. Hier besonders wegen der Schul- und Erziehungsfragen, für die das weibliche Geschlecht das tiefste Verständnis besitzt. Durch die steigende Anteilnahme verheirateter Frauen an der Erwerbsarbeit werden immer mehr Mütter gezwungen, ihre Kinder tagsüber fremden Leuten und Institutionen zu überlassen. Gerade dieser Zustand macht die Mitarbeit der Frauen namentlich in der Gemeindeverwaltung zur dringenden Notwendigkeit. Schon um Einfluß zu erlangen auf das öffentliche Unterrichts- und Erziehungswesen müßten die Frauen das Wahlrecht fordern. Hinzu kommt, daß auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege anerkanntermaßen Frauen die geeigneten Mitarbeiter sind. Nur in ganz wenigen Fällen läßt man aber Frauen als Beraterinnen zu und gibt ihnen Stimmrecht. Die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts bewirkt, daß die Frauen auch hier keine genügende Stätte für ihr Wirken finden.

Diese geringere Bewertung in staatsrechtlicher Beziehung hat weiter zur Folge, daß die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten von der Mitarbeit in den Gewergerichten ausgeschlossen sind, wotauf schon des öfteren an dieser Stelle hingewiesen wurde. Auch dieser Zustand müßte maßgebend für die Frauen sein, das Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften zu fordern. Unterstützt werden die Frauen bei dieser Forderung von den männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse aus Gerechtigkeitsgefühl und in Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Große Kosten sind in der letzten Zeit der Arbeiterklasse auferlegt worden, und schon wieder wird verlangt, daß die Bevölkerung tief in den Sack greift, um Hunderte von Millionen für mehr Soldaten herbeizuschaffen. Gegen diese Belastung der Bevölkerung, die in erster Linie von der Arbeiterklasse empfunden wird, erheime das, was ihr an wirtschaflichen und papierernen Vorteilen geboten wurde, lächerlich gering. Die Reichsversicherung hat Entrenchung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Arbeiterversicherung und namentlich für die Krankenversicherung gebracht, den so notwendigen Schutz gegen den - und Waisenversicherung aber nicht geschaffen. Die bisher hierfür in Frage kommenden Bestimmungen sind kaum erweitert worden. Und wie steht es mit der vielgepriesenen Hinterbliebenenversicherung, deren Bestimmungen bereits in Kraft getreten sind? Der Rentenfuß von 19 Pf. pro Tag für eine invalide Witwe ist nicht imstande, den Beweis zu erbringen, daß die Interessen der weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse genügend gewahrt sind. Auch das lange versprochene Hausarbeitsgesetz vermag nicht diese Ansicht zu ändern. Als zwingende Vorschriften sind nur solche in das Gesetz aufgenommen worden, die den Heimarbeitern Opfer auferlegen. Alle übrigen Vorschriften, z. B. Einsetzung von Sachverständigen zur Festsetzung der Preise, sind von besonderen Vorschriften des Bundesrats und der die Aufsicht ausübenden Behörden abhängig. Also auch die Resultate der speziell für die Arbeiterklasse geschaffenen Gesetze lassen die Forderung nach Gewährung des Wahlrechts an die Frauen dringend notwendig erscheinen und geben ihr zum großen Teil die Begründung.

Nach ist es Tag, da rüfte sich der Kamm!  
Die Nacht tritt ein, wo niemand wirken kann.

### Die Gefängnisarbeit der Firma Röber-Magdeburg

wurde am 1. Mai im preußischen Dreiklassenparlament vom Abgeordneten Liebknecht zur Sprache gebracht, ohne daß einer der Herren, die sonst von der Konkurrenz der Gefängnisarbeit reden, die den Mittelstand schädigt, dazu das Wort nahmen. Auch von den Regierungskommissaren hielt es niemand für nötig, darauf zu antworten. Nach dem uns vorliegenden Stenogramm führte Abg. Liebknecht aus:

Meine Herren, ich muß anerkennen, daß wir gerade in der Verwaltung der Gefängnisse des Ministeriums des Innern einen Herrn haben, der diese Probleme (Erlichterung der Resozialisierung der Strafgefangenen) so tief, wie man irgend erwarten kann, erfährt hat und mit einer Energie zu lösen sucht, die des höchsten Ruhmes wert ist. Ich weise darauf hin, daß die Frage der Arbeit in den Gefängnissen hierbei die wichtigste Rolle spielt. Die Arbeit in den Gefängnissen hat aber ihre Gefährlichkeiten, über die hier wiederholt gesprochen ist, besonders die große Gefahr der Schmutzkonkurrenz. Eingehend will ich mich mit dieser Frage nicht befassen, weil ja zu erwarten steht, daß wir uns damit einmal speziell - ich glaube, aus Anlaß eines Antrags Hammer - zu befassen haben. Immerhin halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Frage der Schmutzkonkurrenz durch die Gefängnisarbeit nicht nur eine Frage des Handwerks, sondern auch der Arbeiterschaft ist.

Meine Herren, mir liegt das Material vor über Arbeiten, die in Magdeburg von Gefangenen ausgeführt werden. Es handelt sich um die Herstellung von Treibriemen. Das Gefängnis gibt eine ganze Anzahl von Gefangenen an eine Fabrik, namens Röber, ab, der freie Arbeiter entläßt, die früher lange Zeit bei ihm beschäftigt waren und nun mir diesen, besonders billig, für 4 und 5 Pf. pro Tag gelieferten Arbeitskräften nicht nur den Handwerker eine große Konkurrenz macht, sondern auch die Arbeiter aus Lohn und Brot treibt. Meine Herren, daß das sehr beklagenswert ist, darüber sind wir ja wohl alle einig, obwohl ich von Ihnen noch niemals eine Klage gehört habe über die Mißstände, die die Arbeiter betreffen; Sie beschränken sich regelmäßig auf die Mißstände, die das Handwerk betreffen. Eigentümlich ist, was die Direktion des Gefängnisses in Magdeburg am 20. September 1911 dem Leiter der Portefeullerorganisation auf seine Demonstration geantwortet hat:

Auf Ihre Eingaben erwidere ich Ihnen, daß mir dieselben keine Veranlassung bieten, die Herstellung von Treibriemen in den mir unterstellten Gefängnissen aufzugeben. Ich stelle Ihnen aber anheim, sich an die Handwerkskammer Magdeburg zu wenden, und diese zu ersuchen, erneut vorstellig zu werden.

In diesem Bescheide kommt zum Ausdruck, daß der Gefängnisdirektor sich um die Beschwerden der Arbeiter wegen der Schmutzkonkurrenz überhaupt nicht kümmert, daß er es vielleicht seiner nicht für würdig hält, sich mit einer Arbeiterorganisation darüber zu beraten und ins Einvernehmen zu setzen, daß er aber, wenn die Handwerkskammer vorstellig wird, bereit ist, der Sache näherzutreten. Allerdings darf ich hervorheben, daß auch die Vorstellungen der Handwerkskammer in diesem Falle keinerlei Wirkung erzielt haben, und der Mißstand nach wie vor besteht.

Meine Herren, ich bin hier etwas über die Grenzen meines Themas hinausgegangen, weil das Gefängnis in Magdeburg nicht dem Ministerium des Innern untersteht, sondern dem Justizministerium. Ich habe das auch nur als ein Beispiel hervorgehoben für die Stellung der Arbeiterschaft zu der Gefängnis-Schmutzkonkurrenz. Leider nimmt aber der Herr Geheimrat Krohne zu der Gefängnisarbeit in einem Punkte einen Standpunkt ein, den ich nicht für zutreffend halte. Wir haben darüber auch schon wiederholt gesprochen; ich möchte noch einmal daran erinnern: gerade vom Gesichtspunkte der Resozialisierung aus, sollte man dem maschinellen Betrieb bei der Gefängnisarbeit, dem Großbetrieb in den Gefängnissen das Wort reden, weil die entlassenen Gefangenen dann weit mehr Aussicht haben, die im Gefängnis erworbenen Fähigkeiten im Leben zu verwerten, als wenn sie mit Handarbeiten beschäftigt werden, und weil außerdem der Großbetrieb viel eher die Konkurrenz ertragen kann als der Handwerksbetrieb, soweit von einem solchen bei uns in Deutschland überhaupt noch gesprochen werden kann. Meiner Ansicht nach würde es sich in der Tat empfehlen, daß Geheimrat Krohne seine Ansicht in dieser Beziehung einer Revision unterziehen wolle.

### Zur Erwidrerung

überreicht Kollege Schulz Satheim seinen Artikel gegen mich. Warum nicht zur Nichtigstellung? Weil es eben nichts zum Nichtigstellen gibt. Er gibt selbst zu, daß nur 3 allgemeine Versammlungen innerhalb drei Jahren stattfanden. Daß in den einzelnen Orten öfters Versammlungen angekehrt waren, bestritte ich nicht. Aber Kollege Schulz, Sand aufs Herz, sind in diesen drei Jahren auch nur einmal 2-3 Versammlungen in einem Vierteljahr für Feschenheim anberaumt worden. Wann es viel waren, so waren es höchstens 5-6 pro Jahr. Und wieviel wurden abgehalten? An dem Nichtzustandekommen dieser Versammlungen gebe ich nun nicht Kollegen Schulz die Schuld, es sind eben Folgen der Zentralisation! Wenn aber Schulz schreibt, daß die 7 Orte, die unserer Verwaltungsstelle angeschlossen sind, weit voneinander liegen, so möchte ich nur feststellen, daß kein Ort weiter als drei Viertelstunden vom Mittelpunkt (Bijohsheim) entfernt liegt, und daß es ganz gut möglich wäre, mindestens zwei allgemeine Versammlungen im Jahre abzuhalten. Kollege Schulz aber kommt den Mitgliedern entgegen. Ich bin der Meinung, daß ein Gewerkschaftsbeamter solche Worte nicht gebrauchen soll. Er hat eben seine Pflicht zu tun wie jeder andere auch. Wenn ich meinen Antrag nicht in der Versammlung am 10. März gestellt habe, so deshalb, weil er damals noch nicht aktuell war. Nachdem aber die Delegiertenwahl in unserem Bezirk mit ihren Begleitscheinungen vorbei war, hielt ich ihn für notwendig und wollte ihn in der Versammlung am 25. März stellen. Da diese aber wegen Mangel an Teilnehmern nicht stattfand, war ich gezwungen, den Antrag persönlich zu stellen, um so mehr, da ja der 26. März der Endtermin war. Kollege Schulz fühlt sich aber auch bemüht, mich zu tadeln, weil ich hinter seinem Rücken an den Zentralvorstand geschrieben habe. Ja, habe ich denn den Kollegen Schulz zu fragen, ob und an wen ich schreiben darf? Nimmt er vielleicht das Recht eines Zensors für sich in Anspruch? Er fand es ja auch nicht nötig, mir als direkt Beteiligten Nachricht über den Ausfall der Wahl zukommen zu lassen. Was den letzten Satz der Erwidrerung von Schulz betrifft, so zeigt er ja zur Genüge, wo er damit hinaus will.

Feschenheim. Hans Drehl.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Der Streit unserer Kollegen im Deutschen Offizierverein zieht bereits weitere Kreise. Es will nämlich der Firma nicht gelingen, Ersatz für die Streikenden zu bekommen, trotzdem die Firma sich schriftlich an alle diejenigen Kollegen wendet, die sich bereits früher einmal um einen Arbeitsplatz im Deutschen Offizierverein beworben haben. Auch die schöne große Annonce in der „Deutschen Sattlerzeitung“, durch welche „saubere“, unorganisierte Sattler für den Deutschen Offizierverein gesucht werden, scheint wenig erfolgreich zu sein, denn anders ist es nicht zu verstehen, daß sich die Firma bemüht, ihre Arbeiter in anderen Werkstätten unterzubringen. Aber auch damit hat die Firma bisher sehr wenig Glück gehabt. Zum Teil haben sich die Firmen auf dieses robuste Geschäft nicht erst eingelassen, wo es aber doch geschehen ist, haben unsere Kollegen die Arbeit nicht angenommen. Dadurch ist es nun allerdings zu einer weiteren Arbeitseinstellung gekommen.

Der Firma Karl Tesch, Chausseestraße 130, schien es zu bedenkend, dem Deutschen Offizierverein beizutreten. 20 Vorderzeuge und 6 Dienstmäntel sollten vorerst dort angefertigt werden. Nachdem die Sache zur Kenntnis der Organisation gekommen war, versuchten wir Herrn Tesch zu bewegen, von der Anfertigung dieser Arbeit Abstand zu nehmen. Wir kamen aber schon an. Der Kollege Döhrner, der es als Obmann des Gesellenauschusses übernommen hatte, mit Herrn Tesch darüber zu reden, wurde ohne Federlesens wieder vor die Tür gesetzt und als die Kollegen dagegen protestierten, durften sie das gleiche Geschick mit dem Kollegen Döhrner teilen. Selbstverständlich lehnten es die Kollegen ab, unter diesen Verhältnissen bei Tesch weiterzuarbeiten.

Der überhäumende Mut des Herrn Tesch hat allerdings nicht lange vorgehalten. Nachdem die Kollegen einen Tag gestreift hatten, erkundigte er sich selbst nach der Adresse unseres Verbandes und er suchte um unsere Vermittlung. Jetzt war allerdings die Sache zu spät. Unsere Kollegen waren schon vorher übereingekommen, die brutale Mahnahme des Herrn Tesch mit Vohrsforderungen zu beantworten und daran scheiterte vorerst die Verständigung. Wohl war Herr Tesch von dem Beginnen, Streikarbeit für den Deutschen Offizierverein zu leisten, gründlich kurier. Er versicherte hoch und heilig, daß er den Zuschnitt einpaden und liegen lassen werde, aber nun seinerseits Lohnerböhrungen



zu gewähren, dazu sei er außerstande. Da er auch einen Vermittlungsvorschlag unersucht, den Kollegen die beiden Streiktage zu entschädigen, abzulehnen, so hielten die Kollegen ihre Forderungen aufrecht und Herr Tesch hat nun das Notwendige, darüber nachdenken zu können, wie lohnend doch manchmal Streikarbeit ist. Es ist selbstverständlich, daß auch nach dieser Werkstatt jeder Zugang fernzuhalten ist.

**Der Streik im Berliner Karosserie- und Wagenbauergewerbe** hat bereits zu dem Ergebnis geführt, daß die Position der Unternehmer eine weitere Erschütterung erfahren hat. Es ist nämlich im Laufe der letzten Woche möglich gewesen, auch mit dem Inhaber der Berliner Karosseriefabrik eine Verständigung auf der gleichen Grundlage herbeizuführen, wie mit der Schöneberger Karosseriefabrik. (Siehe Nr. 18 der „Sattler- und Portefeuilier-Zeitung“.) Besonders bemerkenswert ist dabei, daß diese Firma Mitglied des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist.

Aber auch im Arbeitgeber-Schutzverband selbst scheint eine Wandlung in der Auffassung eingetreten zu sein. Am 1. Mai waren die Herren zusammen und in aller Form erhielt der Generalsekretär Herr Käse den Auftrag, Verhandlungen mit den Organisationen anzubahnen. Dieses ist denn auch geschehen und wir sind übergingen, daß am Dienstag, den 7. Mai, eine gemeinschaftliche Verhandlung der betroffenen Firmen mit den Organisationsvorständen unter Einziehung der Vertrauensleute der einzelnen Betriebe stattfinden soll. Heber das Ergebnis werden wir ja in der nächsten Nummer unserer Zeitung berichten können.

Daß wir auch bei diesem Streik wieder die Beobachtung machen müssen, daß sich einzelne Polizeibeamte Befugnisse herausnehmen, die ihnen gar nicht zustehen, ist nicht mehr verwunderlich, daß sich aber Polizeibeamte anmaßen, darüber zu urteilen, ob der Streik berechtigt ist oder nicht, dürfte doch wohl nicht alle Tage vorkommen. Angeblich wollen sie dieses Urteil dadurch gewonnen haben, daß ihnen seitens der Unternehmer eigens zu diesem Zweck Einsicht in die Lohnlisten gewährt sei. Wir wüßten eine bessere Aufgabe, die die Polizeibeamten gerade bei diesem Streik erfüllen könnten. Die Firma Franke in der Inselstraße hat nämlich aus ihrem Betrieb eine Herberge gemacht. Die Streikbrecher können gleich im Betrieb schlafen und dazu wäre wohl die Zustimmung der Polizei nötig. Für uns wäre es nun sehr interessant zu wissen, ob diese Zustimmung erteilt ist oder nicht.

Für die wenigen Streikbrecher, die sich bis heute mit Hilfe des Streikbrecheragenten Koch aus der Wilsstraße 42 aufreihen lassen, ist beinahe der Zukunftsaussicht eingetreten. Sie werden per Auto von und zur Arbeit gebracht, auch die Beförderung wird noch teilweise vom Unternehmer getragen. Daß aber trotzdem der Stand des Streiks für unsere Kollegen sehr günstig ist, beweist die Bereitwilligkeit der Unternehmer, mit uns zu verhandeln. Vielleicht haben sie doch einsehen gelernt, daß es vorteilhafter ist, eine Verständigung zu suchen.

**Tarifabschluss der Dresdener Reiseartikelfattler.** Auf dem Verhandlungswege und ohne Arbeitseinstellung wurde zwischen den Fabrikanten und Meistern der Reiseartikelfabrikation und unserem Verbands ein vom 1. April 1912 bis 31. März 1915 geltender Tarifvertrag abgeschlossen, wonach die tägliche Arbeitszeit sofort auf 9½, Samstags 8 Stunden verkürzt wurde. Am 1. April 1914 tritt der neunstündige Arbeitstag in Kraft. An den Vorabenden der hohen Feiertage ist um 4 Uhr Arbeitsluß ohne Lohnabzug. Bezüglich der Feiertage wurden die Bestimmungen des Bierstädtertarifs festgelegt, ebenso die für die Akkordarbeiter betreffend Garantielohn, Regelung der Akkordpreise, Ausbänden des Lohn-tarifs, Warten auf Zuschnitt, Heimarbeit, Arbeitsnachweis, Schlichtungskommission und Verpflichung. Der Mindestlohn für Sattler beträgt nach Vollendung einer dreijährigen Lehre 36, nach einer vierjährigen 40, für ältere 45 Pf. Ab 1. April 1914 werden die Mindestlöhne um 2 Pf. erhöht. Sattler, Hilfsarbeiter und Stepperinnen haben am 1. April 1912 eine Lohnhöhung von 6 bis 7 Proz. erhalten, wozu am 1. April 1914 noch weitere 3 Proz. kommen. Doch bleibt die Zulage bei Löhnen über 32 M. der freien Vereinbarung überlassen.

Werden Schularbeit unter 6 M. in Arbeit gegeben, so ist ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stück zu zahlen, desgleichen für Vorausfertigmachen.

Ist auch nicht alles erreicht, was gefordert wurde, so bringt doch dieser Vertrag außer anderen Verbesserungen für 80 Kollegen eine Lohnhöhung von 80 Pf. bis 2 M. pro Woche und für 50 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer Stunde pro Woche. 1914 tritt für 50 Kollegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit von 1½ Stunden pro Woche bei 3 Proz. Lohnhöhung ein. Aufgabe der Kollegen wird es nun sein, diesen Tarif auch in allen Betrieben einzuführen und Verstöße gegen einzelne

Paragrafen der Tarifkommission sofort zu melden. Dann wird es auch ein leichtes sein, auf der jetzigen Grundlage weiter zu bauen zum Wohle der gesamten Kollegenschaft.

**Frankfurt a. M.** Wie wir bereits in voriger Nummer berichteten, sollten 60 Proz. der in Metall-industriebetrieben Beschäftigten am 4. Mai ausgesperrt werden, wenn bis dahin eine Einigung in den betroffenen Firmen nicht erzielt wird. Die Unternehmer zeigten nur geringes Entgegenkommen, weswegen weitergehehrt wird. Am 3. und 4. Mai wurden über 11 000 Personen im Eisenbach-Frankfurter Gebiet ausgesperrt.

**Hus Industrie und Handel.**

**Die Berliner Lederwarenindustrie 1911.** Nach dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer hat sich die Albumfabrikation in rubiger Weise weiter entwickelt. Neue Absatzgebiete zu erobern war ihr freilich nicht möglich, sie war jedoch beizubehalten. Ertragswert wurde das Geschäft jedoch wesentlich dadurch, daß zu einer Zeit, zu welcher die Musterkollektionen fertiggestellt und Aufträge bereits aufgenommen waren, den Arbeitern wesentlich höhere Stunden- bzw. Stücklöhne bewilligt werden mußten.

Wenn die Behauptung von dem erschwerteren Geschäft durch die gewährten Lohnzulagen den Tatsachen entspricht, was wir allerdings bezweifeln, so liegt die Schuld bei den Unternehmern, denn sie waren bereits vor der Restkollektion über die Forderungen der Arbeiter völlig unterrichtet. Aber so sehr haben die Lohnhöhungen das Geschäft nicht beeinflusst, denn nach dem ruhigen Geschäftsgang des ersten Halbjahres setzte eine lebhaftere Kaufkraft im Herbst ein, so daß die Albumfabrikation für den Weihnachtbedarf gut beschäftigt war. Die während dieser Zeit noch anhaltende Steigerung der Preise für verschiedene wichtige Rohmaterialien drückte in Verbindung mit der bereits erwähnten Erhöhung der Arbeitslöhne auf den Nutzen.

Von kunstgewerblich hergestellten Lederwaren wurden glatte Artikel, d. h. solche ohne Verzierung, bevorzugt. Verzärlage wurden nur vereinzelt und ohne Ornamentierung verwendet. Auch diese Waren begegneten im ganzen nur geringer Teilnahme.

Für fabrikmäßig hergestellte Lederwaren gestaltete sich das Geschäft im allgemeinen zufriedenstellend.

In billiger Ware herrschte wegen geringerer Nachfrage Überproduktion; bessere Sorten waren hingegen sehr begehrt; der Bedarf vor Weihnachten konnte kaum gedeckt werden, zumal ein Wechsel der Mode eingetreten war.

Die Preise für Rohmaterialien hielten sich im Durchschnitt auf gleicher Höhe wie 1910, nur einige Lederarten zogen etwas in Preise an.

Die Preise der Fertigfabrikate waren für billige Sorten sehr gedrückt, es wurden zum Teil größere Rollen ohne Nutzen abgestoßen; für gute Waren wurden dagegen angemessene Preise erzielt.

Die Zahlungsweise der Kundschaft hat sich noch etwas verschlechtert; es werden nicht selten Kredite für 6 bis 9 Monate in Anspruch genommen.

Eine neue Erscheinung brachte das vergangene Jahr in dem Abfall der sogenannten Kleintaschenbranche. Infolge der erheblich gestiegenen Produktionskosten taufen die größten Abnehmer wie die Warenhäuser kleine Taschen fast gar nicht mehr nach vorgelegten Originalmustern, sondern deckten ihren Bedarf selbst in den teuersten und besten Artikeln beinahe ausschließlich durch Lagerkäufe und stellten diese Artikel in den sogenannten „Serientagen“ zum Verkauf, und zwar selbst gute Qualitäten zu Preisen, die häufig noch nicht dem Herstellungswerte der Waren entsprachen. Die gesamte Taschenindustrie empfand diese Angebote als schwere Schädigung.

Die Arbeitslöhne erlitten durch den am 1. Juli 1911 auf 5 Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag eine Erhöhung um 5 Proz. Der Vertrag sieht außerdem vom Jahre 1913 ab eine abermalige Lohnhöhung sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit vor.

Der Export seiner Lederwaren wird stetig geringer, was in erster Reihe auf die Zollverhältnisse zurückzuführen ist. In fast allen Kulturstaaten werden bereits keine Lederwaren hergestellt. Für die deutsche Produktion kommen daher nur noch allerbeste Sorten als Ausfuhrartikel in Frage. In dem letzten Jahre konnte man sogar eine Zunahme der Einfuhr von Lederwaren aus Frankreich und Oesterreich beobachten, was aber in der Hauptsache als vorübergehende Erscheinung betrachtet werden darf, da diese beiden Länder in der „Mode“ für diese Waren maßgebend sind und sich dadurch einen gewissen Absatz zu sichern vermögen.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** (G. 2. 5.) Die Zahl der durch völlige Arbeitsruhe am 1. Mai feiernden Kollegen wuchs mit der Zunahme unserer Verbandsmitglieder. Mehr als 1600 Kollegen und Kolleginnen lauschten dem Redevortrag des Reichstagsabgeordneten Scheide-mann. (Wegen seines bedeutungsvollen Inhaltes werden wir den Vortrag in Form eines Artikels, in der nächstfolgenden Nummer auszugsweise wiedergeben.) Die Versammlung dankte dem Redner durch draufenden Beifall, mit dem Gelächris, die Reorganisation durch Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation auch verwirklichen zu wollen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung erreichte die imposante Kundgebung ihren Schluß.

**Leipzig.** (G. 2. 5.) Die Mitgliederversammlung vom 26. April nahm Stellung zu den Anträgen der Generalversammlung in München. Kollege Berger legte als Delegierter den Kollegen vor, welchen Anträgen er seine Zustimmung zu geben gedankt und welchen nicht. Die Beitragserhöhung nahm den ganzen Abend in Anspruch. Dabei kamen die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck und jeder Kollege glaubt, mit seinen Ausführungen das Richtige zu treffen. Da den Leipziger Mitgliedern in der Beitragserhöhung ein gebundenes Mandat auferlegt worden ist und Kollege Berger als Delegierter dies nicht anerkennen will, entspann sich eine scharfe Debatte. Ebenso scharf wurde bei der Frage der Lokalbeiträge diskutiert. Obwohl dieser Antrag beim Aufstellen der Anträge von den Mitgliedern feinerzeit abgelehnt wurde, diesmal wurde er wieder aufgerollt. Verschiedene Kollegen wünschten, daß auch die Leipziger Delegierten dafür Stimme machten.

**Soziales.**

**Wohnungsproblem im Interesse der breiten Masse** propagiert der Ausschuss für Groß-Berlin. Er will die Organe des Zweiverbandes Groß-Berlin dazu drängen, Mißstände im Wohnungswesen, worunter das Proletariat am meisten zu leiden hat, zu beseitigen. Hunderttausende von Kindern Groß-Berlins sind ohne Spielplatz, 800 000 Menschen in Groß-Berlin wohnen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit fünf und mehr Personen besetzt ist. Zum Himmel schreien solche Elendsverhältnisse in einer Stadt, der nachgerühmt wird, daß der zur Grundwertsteigerer veranlagte Grundbesitz über 15 Milliarden repräsentiert. — In Berlin selbst ist fast der gesamte Grundbesitz bebaut oder sonst anderweitig kapitalistisch verwendet. Der Auktor bleibt hier schließlich nicht hinter dem gemeinen Werte zurück. Er macht das nette Einkommen von 8 250 000 000 M. aus, oder pro Kopf der mit 2,1 Millionen in die Rechnung gestellten Einwohner 157 M. Die Grundrente fließt durch ein weit verbreitetes Netz von Kanälen in die kapitalistischen Sammelbecken. Ein Teil der Produktionskosten in der Gütererzeugung ist Grundrente. In den Lebensmittelpreisen bezahlt der Konsument Grundrente; Grundrente steckt in den Wohnungsmieten und in allen Warenpreisen. Der stets steigende Bodenpreis ist der Ausdruck für die Breite des Profitstromes, der sich in die Taschen der Grundeigentümer ergießt. Im Kapitalwert der Grundbesitzer kristallisiert sich der Reichtum der besitzenden Oberschicht; er ist das Pendant zu der Armut der großen Masse, die in hender Arbeit immer neue Werte, immer mehr Güter schafft und selbst heillos bleibt. — Es versteht sich von selbst, daß die organisierte Arbeiterschaft die Bestrebungen des Ausschusses für Groß-Berlin zur Beschaffung weiträumiger Wohnungspläne für gesunde Kleinwohnungen, Ausbau des Schnellbahnetzes und billige Tarife, leicht erreichbare Parks und Spielplätze, Wald und Wiesen-gürtel aufs lauthöchste unterstützt. Die Gewerkschaftskommission hat durch Annahme einer Resolution sich für diese Bestrebungen erklärt und hofft durch Massenbewegungen das gefechte Ziel zu erreichen. Gewerkschaften, die gewillt sind, in Versammlungen Vorträge mit Lichtbildern über das Thema der Wohnungsreform halten zu lassen, werden ersucht, sich hierüber an den Geschäftsführer Dr. Werner Hegemann, Brunenwald, Trabener Straße 25, zu wenden.

**Gefängnisarbeit.** Heber den Einfluß der Konkurrenz der Gefängnisarbeit für Handwerk und Gewerbe wollen demnächst Handelskammer und Handwerkskammer in Hannover eine gemeinsame Enquete veranstalten, um einen Überblick über die in Betracht kommenden Verhältnisse zu gewinnen und besondere Wünsche wegen Einschränkung der Gefängnisarbeit zu formulieren. Hauptächlich wird es sich darum handeln, welche Arbeiten ausgeschlossen sein sollen und welche notgedrungen zugelassen sind, sowie ob nicht ortsübliche Preise für die Gefängnisarbeit nach Anhörung der betreffenden wirtschaftlichen Vertretung festzusetzen sind.

Rundschau.

Aus dem Reichstage. Die vorige Woche war in der Hauptsache der Beratung des Kolonialgesetzes gewidmet. Die Kolonialschwärmer wurden nicht müde, ihre Politik anzupreisen, und jeder, der ihnen zu widersprechen wagte, wird als Nichtstauer, als zurückgebliebener Mensch, dem das Verhängnis für unaussprechbare Notwendigkeiten feht, geschuldet.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mannheim. Die in Mannheim vollzogene Gewerbegerichtswahl brachte den freien Gewerkschaften einen prächtigen Erfolg. Sie erhielten auf ihre Liste für Arbeitnehmerbeisitzer 10.398 Stimmen und damit 12 Beisitzer, gegenüber 620 Stimmen und 28 Beisitzer bei der letzten Wahl vor drei Jahren.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Oldenburg i. Gr., bei welcher zum ersten Male nach der Verhältniswahl gewählt wurde, hatten die freien Gewerkschaften einen guten Erfolg. Sie erhielten auf ihre Liste 7774 Stimmen und damit 11 Beisitzer, während die Christlichen 912 Stimmen und damit 1 Beisitzer, während die Christlichen mit 504 Stimmen leer ausgingen.

Adressenänderungen.

- Bodum. K. F. Effect, Bahnhofstr. 7.
Konstanz. B. Hermann Wehl, Maitenaustr. 1.
Erla. Herm. Krell, A.-Lindenthal, Bachemerstraße 85.
München. B. Hugo Thun, Riederstraße 48 I.
Neue Verwaltungsstelle.
Grünberg i. Schles. V. Karl Röding, Mühlweg 46.

An die Delegierten zur Münchener Generalversammlung.

Die Mandate und der Rechenschaftsbericht für die verfloßene Berichtsperiode wurden im Laufe dieser Woche den Ortsverwaltungen z. S. des Vorsitzenden zugelandet.

Die Mandate sind von dem Bevollmächtigten der zuständigen Verwaltungsstelle mit Unterschrift zu versehen und nur so den Delegierten auszuhändigen.

Bestellungen auf Marken, Mitgliedsarten usw. sind wegen der bevorstehenden Generalversammlung in der Zeit vor dem 23. Mai oder aber ab 1. Juni wieder zu machen.

In der Zwischenzeit sind wichtige Briefe nach München an die Adresse des Tagungslokals: Alte Schießstätte, Diersteinhöhe, zu richten.

Einsendungen der Verwaltungsstellen im Monat April 1912.

Table with 3 columns: Name, Mt., and another column. Lists various locations like Aachen, Ansbach, Apolda, Bayreuth, Berlin, Bielefeld, Bochum, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Brieg, Chemnitz, Colmar, Cöthen, Danzig, Dessau, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Eisenach, Eisleben, Elberfeld, Erdmannsdorf, Erlangen, Essen, Fflingen, Freiberg, Gelsenkirchen, Gera-Eigersdorf, Glogau, Görtz, Hagen, Hammober, Harburg, Haulen, Heildronn, Heusenstamm, Hilbesheim, Jena, Jügesheim, Kaiserlautern, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Klein-Auseheim, Klein-Steinheim, Koburg, Königsberg, Konstanz, Leipzig, Liegnitz, Mainz, Mannheim, Martrankstädt, Meerane, Mühlhausen, Mühlheim a. M., Mühlheim (Ruhr), Mülrose, München, Neustadt, Nürnberg, Oberhausen, Offenbach a. M., Odruf, Osnabrück, Posen, Potsdam, Ratzenow, Remscheid, Reutlingen, Rostock, Rottenburg, Rumphenheim, Solingen, Stargard, Straßburg, Stuttgart, Ulm a. D., Uetersen, Varel, Vieren, Weiskirchen, Werbau, Wismar, Zeitz, Zerbst, Zossen, Zwickau.

Sterbetafel.

Berlin. Am 23. April verstarb der Militärsattler Rudolf Lange, 58 Jahre alt.
Am 29. April verstarb der Portefeuller Oscar Heali, 26 Jahre alt, an Lungenleiden.
Am 1. Mai verstarb der Geschäftsrattler August Suchland, im Alter von 65 Jahren.
Bielefeld. Am 30. April verstarb im Alter von 35 Jahren unser treues Mitglied Peter Burckhard infolge einer Blinddarmerkrankung.
Dresden. Unser Mitglied Franz Mazura ist im Alter von 26 Jahren am 30. April gestorben.
Hannover. Am 4. Mai verstarb unser Mitglied Karl Günther im 57. Lebensjahre an Magenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos diejenigen Versammlungstermine, die bis zum Monatsanfang bei uns eintreffen.)

- Konn. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Deutscher Hof, Kölnstr. 52.
Breslau. Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Grünes Vergel“.
Chemnitz. Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Weizen“, Rochlitzer Straße 8.
Göthen. Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigsallee“, Ludwigsstraße.
Essen (Ruhr). Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Schmiring, Rheinischestraße.
Frankfurt a. M. Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Al. Saal A.
Welfenkirchen. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Meißnerstr. 65/67.
Hagen i. W. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markaner“, Goldbergerstr. 13.
Hamburg. Freitag, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Kaiserlautern. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Zu den 3 Röhren“, Stadtwirtschaft 1.
Karlsruhe. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Zur Lokalbahn“, Stapellenstr. 68.
Konstanz. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Südberner Wand“, Hofstraße.
Köln. Samstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Severinstraße.
Mühlheim (Ruhr). Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Hollenberg“, Dickwoll 6.
Odruf. Montag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Alter Schützenhof“.
Zeitz. Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe, Schützenstraße.

Anzeigen

Hamburg-Altona.

Himmelfahrtstag (16. Mai):

Morgentour nach der Haake.

Treffpunkt 7 1/2 Uhr morgens an Frische 2 der St. Pauli-Landungsbrücken. Abfahrt 7 Uhr.

Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung fällt an diesem Tage aus. Dieselbe findet statt am

Freitag, den 17. Mai,

abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Vortrag.

Die Creditverwaltung.

Tüchtige selbständige Sattler

für Karosseriebau werden sofort für dauernd bei hohem Lohn eingestellt

Coburger Wagenfabrik, Ernst Blümlein, Hof, Coburg.

Ein tüchtiger Sattler,

versetzt auf Offiziers-Peine, wird für dauernde Beschäftigung gegen 70 Bf. Stundenlohn per soj. gesucht.

H. Becker & Co., Michaelkirchstraße 29.

Sichere Existenz

für Sattler und Polsterer an industriereicherem Plage des Kreises Siegen i. Westf. Keine Konkurrenz am Plage, sowohl wie in den angrenzenden größeren Ortschaften. Kaufobjekt 14 500 Mk., wovon 6 500 Mk. stehen bleiben können. Näheres zu erfahren durch

Rob. Becker, Dahlbruch i. Westfalen.

Georg Weibnachts Bierhaus, Grötkr. 21.

E. Weib-, Bayrisch-Kulmbacher Bier

Zentrale der Zentral-Erntekasse der Sattler und der Ortsverwaltung L. des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freie Volkskassen“.